

# Spur von Hintermännern einer fiesen Pornofalle führt auf die Rigi

Lautere Bürgerinnen und Bürger erhalten seit Jahren zu Unrecht Rechnungen wegen angeblich abgeschlossener Sexfilm-Abos.

Damian Bürgi

Kennen Sie die Obligo AG? Eine einfache Google-Suche zeigt Ergebnisse wie «Pornofalle: Gerichtstermin im Herbst» oder «Strafverfahren gegen mehrere Online-Dienstleister». Die Firma ist seit über zehn Jahren immer mal wieder in den Schlagzeilen. Ihre Masche: Sie verschickt Rechnungen für angeblich abgeschlossene Pornoabos. Wer nicht bezahlt, dem droht ein aufdringliches Inkassobüro mit Betreuung, auf die Betroffenen wird so Druck ausgeübt.

Auch dem «Boten» liegt eine solche Rechnung vor. Der Betroffene sagt: «Ich treibe mich nicht auf Pornoseiten rum und habe ganz sicher nie auf einen Aboabschluss geklickt. Ich benutze nicht einmal den auf der Rechnung angegebenen Webbrowser.» Was hat das

mit dem Kanton Schwyz zu tun? Mehr, als man zuerst denkt, und dann doch wieder weniger, als es scheint, wie eine gross angelegte Recherche der Zeitschrift «Beobachter» aufzeigt.

**Hauptsitz auf Rigi Klösterli – gearbeitet wird dort kaum**

Der Hauptsitz der Obligo AG ist auf Rigi Klösterli, die Journalisten des «Beobachters» erkennen beim Besuch vor Ort schnell: Hier wird kaum gearbeitet, auf dem Klingelschild steht auch nicht «Obligo», sondern «Hunziker» – Hans-Ulrich Hunziker ist einziger eingetragener Verwaltungsrat und das Gesicht der Obligo AG. Ansässige berichten den eifrigen Journalisten, dass Hunziker ein seltener Gast sei.

Eine Anfrage des «Beobachters» bei der Firma landet bei deren Anwalt, welcher sofort mit Klage droht und in-

sistiert, dass die Eigentumswohnung auf Rigi Klösterli «über voll ausgestattete Arbeitsplätze» verfüge. Die intensiven Recherchen zeigen ein verschachteltes Firmenkonstrukt auf, «wer aber wirklich hinter der Masche steckt, weiss niemand», wie der «Beobachter» schreibt.

**Schwyzer Staatsanwalt entdeckt nach Jahren Schwachstelle**

Ein mit einem Tracker versehener Brief an das Obligo-Postfach in Luzern (Adresse des Rechnungsausstellers) landet bei der Doing GmbH im luzernischen Obernau. In Ermittlungsakten taucht der Doing-Gründer, ein alter Bekannter von Hunziker, als Zeuge für das umstrittene Geschäft auf, der Öffentlichkeit entzieht er sich aber. Es scheint ein Ablenkungsmanöver von Hunziker, welcher selbst Jurist ist, zu sein.

So verlaufen seit Jahren sämtliche juristischen Anstrengungen von Dutzenden Betroffenen, Klagen der welschen Konsumentenschutzorganisation (FRC) oder auch des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) gegen Obligo erfolglos. Bis Fabian Steiner, stellvertretender Leiter der Schwyzer Staatsanwaltschaft, eine Schwachstelle entdeckt.

**Nur die «Strassendealer» werden verurteilt**

Steiner schafft es, die Domainbetreiber – das Pendant zu den Strassendealern im Drogenhandel – zu Bussen von mehreren Tausend Franken zu verurteilen. Denn wer auf Porno- oder auch auf reinen News-Seiten surfe, könne gemäss den Strafbefehlen nicht ausreichend erkennen, wann ein kostenpflichtiges Abo ausgelöst wurde. Obligo habe Gehilfenschaft geleistet, was nicht strafbar sei, wie Steiner erklärt. Die Verurteilten sind Verantwortliche von Firmen mit Domizilen in Rumänien, auf Malta, Zypern – und auch von der Firma Mobile Trade AG in Altendorf.

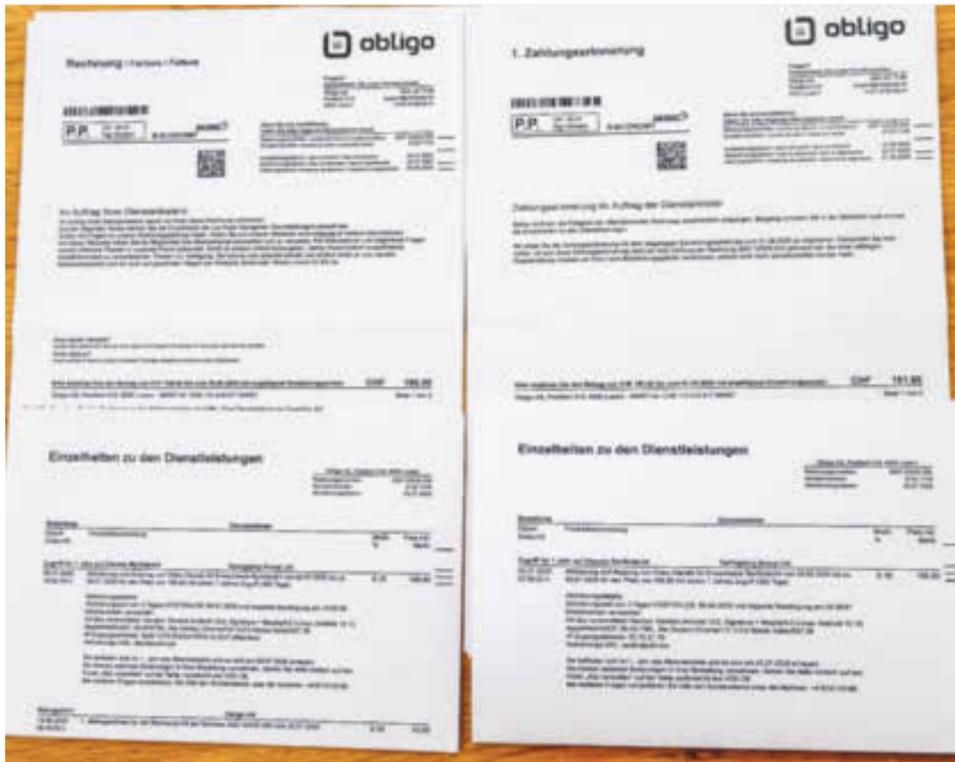
Auch bei den Recherchen in Auser-schwyz kommt ein undurchsichtiges Konstrukt hervor, mit Hintermännern, die sich um Kopf und Kragen reden, voneinander ablenken und reinste Versteckspiele spielen. Ähnlich verlaufen

auch die Recherchen des «Beobachters» bei einer weiteren verurteilten Firma, der Springberg Group mit Sitz auf Zypern.

**Inkassochef präsentiert sich protzig auf Youtube**

Und auch bei den Obligo-Geldeintreibern – der Inkassodata AG und der Letterdata GmbH – bleibt vieles undurchsichtig. Mit dem Tracker-Trick landen Briefe, adressiert an beide Firmen, letztlich bei der Inkassolution GmbH in Steinhausen. Die Firma gehört Milan Milic, einem Herrn, der sich auf Youtube als erfolgreicher Unternehmer, Mentor und Coach protzig mit einem G-Klasse-Mercedes präsentiert. «Ich weiss nicht, was Obligo ist und wovon Sie reden», sagt er den Journalisten am Telefon.

Indessen scheint das schnelle und zwielichtige Geldverdienen mit Sexfilm-Abos weiterzugehen. Die Verurteilung der Domainbetreiber bezeichnet Steiner als «Riesenerfolg», und diese wurden dazu verpflichtet, auf den Websites das kostenpflichtige Abo klar zu deklarieren. Doch vom frechen Verschicken von Rechnungen und von der Druckausübung durch Betreibungsandrohungen kann die Drahtzieher nach wie vor niemand abhalten.



Ja nicht bezahlen: So sieht eine Rechnung der Obligo AG aus, welche den angeblichen Abschluss eines Pornos abos geltend macht. Rechts die Mahnung, wo plötzlich auch ein anderer Dienstleister aufgeführt ist.

Bild: Damian Bürgi

## Auf keinen Fall die Rechnung bezahlen

Was tun, wenn eine Rechnung für ein angeblich abgeschlossenes Pornoabo von Obligo eintrifft? Der «Beobachter» rät vor allem eines: Die Rechnung nicht bezahlen, die Forderung einmal schriftlich bestreiten und die Schreiben von Obligo ignorieren. Denn wer etwas fordern, müsse auch die vertragliche Grundlage beweisen, Obligo müsste also belegen, dass man tatsächlich einem Betrag zugestimmt und einen Vertrag abgeschlossen habe.

Und diesen Aufwand nimmt das Unternehmen offenbar nicht auf sich. Beim «Beobachter»-Beratungszentrum

seien allein in den letzten Jahren 700 Meldungen über solche Rechnungen eingegangen. «Unser Beratungszentrum kennt keinen Fall, in dem Obligo nur schon versucht hätte, diesen Beweis zu erbringen», wie der «Beobachter» schreibt. Die Firma könnte eine Betreibung einleiten, müsste aber die Kosten vorschliessen. Betriebene könnten dann Rechtsvorschlag erheben, und alles wäre gestoppt. Obligo müsste wiederum ein Schlichtungsbegehren einreichen, um etwas anzukurbeln. Doch auch hier kenne der «Beobachter» keinen Fall, in dem Obligo aktiv wurde. (dabu)

# Die «Classe politique» tritt gegen die Sportler an

In Einsiedeln tut sich ein Graben auf – ob ein Sportzentrum gebaut wird, entscheidet das Stimmvolk am 30. November.

Andreas Seeholzer

In Einsiedeln ist der Bezirksrat gegen den Bau der Sportanlage Obere Allmeind. Zu teuer, zu unsicher und zu risikobehaftet, hiess es an der ausserordentlichen Bezirksgemeindeversammlung vom Montag zum Sachgeschäft. 2017 gründeten Vertreter Einsiedler Sportvereine die Genossenschaft Sportzentrum Allmeind mit dem Ziel, ein modernes Sportzentrum zu schaffen. Dieses liegt nun mit Kosten von 38,64 Millionen Franken auf dem politischen Parkett.

Das Einsiedler Stimmvolk hat im vollen Saal des Kultur- und Kongresszentrums Zwei Raben das Geschäft am Montag an die Urne überwiesen. Abgestimmt wird am 30. November.

**Rückweisung der SVP gestoppt**

Der Eishockeyverein, der Fussballverein, der Turnverein, der Volleyballclub,

der Handballclub, der katholische Turnverein und der Unihockeyclub, sie alle möchten ein modernes Sportzentrum. An der Versammlung setzten sich verschiedene Sportler für die Vorlage ein, interessant aber, dass sich keine Vertreter der Einsiedler Parteien zu Wort meldeten. Denn nebst dem Bezirksrat sind auch alle Parteien entweder gegen den Bau des Sportzentrums – oder sie äussern sich erst gar nicht zu dem «heissen Eisen».

Die SVP schreibt auf der Homepage, dass die Vorlagen «Sportanlage Obere Allmeind» und «Schulhausenerweiterung Kornhausstrasse» unglücklich synchronisiert seien, der entsprechende Antrag von SVP-Einsiedeln-Präsident Daniel Kälin wurde an der Gemeindeversammlung vom Montag vom Stimmvolk aber abgewiesen. Kälin wollte die Rückweisung der «Schulhausenerweiterung Kornhausstrasse», um die Projektplanung fix mit einer Turnhalle zu versehen. Laut Bezirksrat soll nun erst die

Abstimmung vom 30. November abgewartet werden – falls das Sportzentrum abgelehnt werde, sollen Standorte für eine Turnhalle evaluiert werden.

**Kosten sind gestiegen**

Die Vorlage für ein Sportzentrum war bereits an der Gemeindeversammlung in der Jugendkirche im April 2023 Thema. Damals wurde die Pluralinitiative für die Gewährung eines einmaligen Bezirksbeitrages und jährlich wiederkehrender Beiträge an die Urne überwiesen. Die Pluralinitiative wurde im Juni 2023 an der Urne deutlich gutgeheissen, der Gegenvorschlag des Bezirksrats zur Errichtung einer Dreifachturnhalle deutlich abgelehnt.

Mittlerweile sind die Kosten für das Sportzentrum deutlich gestiegen: Laut der aktuellen Vorlage geht es nun um ein Investitionsvolumen von 38,64 Millionen Franken, und die Genossenschaft verlangt vom Bezirk nun einen

einmaligen Investitionsbeitrag von neu 17,4 Millionen Franken (plus 4,9 Millionen Franken gegenüber 2023) und jährlich wiederkehrende Betriebsbeiträge von 1,4 Millionen Franken (plus 300'000 Franken gegenüber 2023). Es sei bereits heute voraussehbar, dass die Genossenschaft mittelfristig erneut als Bittstellerin beim Bezirk vorstellig werde, heisst es in der Botschaft zum Sachgeschäft. Zudem gehe das Projekt über die Bedürfnisse des Bezirks hinaus, der Bezirk habe lediglich Bedarf für eine Dreifachturnhalle.

Zum Projekt «Sportanlage Obere Allmeind» sagte der zuständige Bezirksrat Stefan Kälin: «Wir zahlen am meisten, haben aber nicht das Sagen.» Die Rechnungsprüfungskommission lehnt das Zentrum ebenfalls ab und spricht gar von einer verdeckten Defizitverpflichtung für den Bezirk, denn der Baurechtsvertrag sei lückenhaft und die Verhandlungen nicht fertig geführt. Laut Bezirksrat Kälin sind in den Ver-

handlungen zum Baurecht «die Wünsche des Bezirks nicht eingeflossen».

**Risiken und Chancen abwägen**

An der Versammlung gab es verschiedene Voten der Stimmbürger. Urs Schönbächler sagte, dass das Zentrum auf Fussball und Eishockey ausgelegt sei, den Leichtathleten werde nichts geboten, womit das Projekt nicht überzeuge. Zudem sei es Aufgabe des Bezirks, eine Sportanlage zu bauen.

Zu den finanziellen Risiken, die der Bau mit sich bringt, sagte Walter Ochsen, ehemaliger Präsident des FC Einsiedeln, dass das ganze Leben ein Risiko sei, und der Präsident der Genossenschaft Sportzentrum Allmeind, Meinrad Bisig, fasste zusammen: Es gehe für Einsiedeln nun um die Frage, ob die finanziellen Risiken als zu hoch gewichtet, oder ob eine einmalige Chance genutzt werde. «Das Sportzentrum kann für Einsiedeln zum Haus des Sportes werden.»